Beschluss des Landrats vom 11.06.2026

Nr. 1870

27. Verzicht auf Sparmassnahmen in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Naturschutz
2025/308; Protokoll: bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Simon Tschendlik (Grüne) freut sich, nach fast einem Jahr sich diesem Thema widmen zu dürfen. Im letzten Dezember konnte mit vereinten Kräften eine grössere Sparübung zulasten der Forstwirtschaft abgewendet werden und das zeigt, worum es jetzt geht. Es geht nicht um einzelne Budgetpositionen, sondern um eine andauernde Unsicherheit, die durch solche Sparrunden ausgelöst wird. Diese Unsicherheit ist lähmend. Sie bindet Energie in Abwehrkämpfen, anstatt in die Umsetzung, Innovation und Stabilisierung zu investieren. Deshalb soll der Regierungsrat bis auf Weiteres und für diese Programmperiode die Finger von weiteren Sparmassnahmen lassen, sowohl bei der Land- wie auch bei der Forstwirtschaft.
Diese Motion ist nicht ein rein emotionales Plädoyer. Es ist eine Frage der Planungssicherheit für zwei zentrale Wirtschaftsbereiche im Kanton, einerseits die Landwirtschaft, die auf bürgerlicher Seite eine sehr wichtige Rolle spielt, und andererseits die Forstwirtschaft, die für alle eine ganz wichtige Rolle spielt. In beiden Bereichen wird mit langen Zyklen, hohen Vorleistungen und sehr engen Zeitfenstern gearbeitet. Ebenso stehen beide massiv unter Druck durch Wetterextreme, Preisschwankungen, Marktanforderungen, Personalmangel und steigende Auflagen. Genau in dieser Situation erzeugen weitere Sparmassnahmen des Kantons vor allem eines: Unsicherheit. Unsicherheit ist in dieser Branche kein abstrakter Begriff, sondern ganz konkret betriebswirtschaftlich spürbar. Für Landwirtschaftsbetriebe heisst das, wer nicht weiss, ob Beratung, Ausbildung, Vollzug, Programm und Unterstützung in einem Jahr wieder gekürzt oder umgebaut oder verändert werden, investiert defensiver. Man verschiebt Stall- oder andere Infrastrukturinvestitionen, riskiert weniger in Innovation und Anpassung und verliert Zeit in der Planung. Das trifft Familienbetriebe, die keine grossen Reserven haben, besonders. Jeder Wechsel im Leistungsangebot des Kantons wirkt wie ein permanentes Moving-Target, mit dem Effekt, dass die Betriebe nicht mehr auf verlässliche Rahmenbedingungen bauen können. Für Forstbetriebe ist die Unsicherheit ebenso problematisch, teilweise sogar noch direkter. Waldpflege, Jungwaldpflege, Schutzwaldpflege und Waldumbau sind mehrjährige Projekte und Unterfangen. Die Forstwirtschaft plant über den Zeitraum von 100 bis 150 Jahren und wenn die Mittel, Aufträge und Fachkapazitäten im Amt oder bei den Betrieben jedes Jahr neu wackeln, dann werden Massnahmen nicht einfach ein bisschen später gemacht, sie fallen in den kritischen Zeitfenstern aus. Das führt zu Unterhalts- und Pflegerückständen, zu instabilen Beständen und zu höheren Risiken, auch bei Naturgefahren, und am Ende zu teureren Interventionen. Für die Forstbetriebe bedeutet das nichts anderes als unsichere Auftragspipelines, schwierige Personalplanung, schwierigere Lehrlings- und Nachwuchsplanung und weniger Investitionsfähigkeit in Maschinen und Infrastruktur und schlussendlich in den Wald. Weitere Sparmassnahmen in diesen Bereichen kommen einem Kredit gleich, den wir uns selber zulasten der nächsten Jahre auferlegen. Nicht, weil wir heute Geld aufnehmen, sondern weil durch Kürzungen zwingende Arbeiten und notwendige Anpassungen verschoben werden. Der Bedarf verschwindet nicht, er wird dringender und dringender, und was dringender wird, wird teurer: mehr Reparatur, mehr Krisenmodus, mehr Folgekosten. Das ist in beiden Sektoren gleich, aber unterschiedlich sichtbar. In der Landwirtschaft zeigt sich es in Form eines Investitions- und Anpassungsstaus und steigender betrieblicher Risiken, und im Wald zeigt es sich als Pflege- und Stabili-

tätsstau, der später nicht zum gleichen Preis abgetragen werden kann, weil sich Bestände, Schäden und Zeitfenster dynamisch entwickeln.
Der Regierungsrat verweist auf die Schuldenbremse und Effizienzprojekte. Das ist legitim. Aber Effizienz ist nicht identisch mit Kürzungen. Effizienz bedeutet, die Wirkung pro Franken zu erhöhen. Kürzungen, die die operative Fähigkeit in der Fläche schwächen, erhöhen dagegen primär die Unsicherheit und verlagern Kosten in die Zukunft. Deshalb ist diese Motion zielführend. Sie verlangt keinen Blankoscheck, sie verlangt Verlässlichkeit für die nächsten Jahre und einen klaren politischen Auftrag: Keine weiteren Sparmassnahmen bei der Landwirtschaft, bei der Forstwirtschaft und beim Naturschutz. Diese Stabilität ist die Voraussetzung, damit Betriebe investieren, Personal aufbauen und Nachwuchs fördern können. Der Landrat wird gebeten, nicht aus ideologischen Gründen oder aufgrund des Absenders die Motion abzulehnen, sondern zukunftsfähig und planungssicher in Landwirtschaft und Forstwirtschaft zu investieren und den Spar-Zickzack-Kurs zu unterbinden.

Dominique Zbinden (Grüne) fragt, woran die Anwesenden denken, wenn sie das Wort «Baselbiet» hören. Bei ihr spielen sich im Kopf Bilder ab von grünen Hügeln mit Wäldern und blühenden Wiesen, ergänzt mit schönen Hochstammbäumen. Unsere Landschaft ist sehr wichtig für unsere Identität und die Pflege dieser Landschaft wird von der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und dem Naturschutz gemacht. Sparmassnahmen in diesen Bereichen, die jetzt schon jeden Rappen dreimal umdrehen, sind extrem schmerzhaft. Diese Sektoren, die so einen wichtigen Beitrag für unsere Identität leisten, sollen nicht zu Boden gespart werden. Besonders auch die jährlichen Änderungen sind schwierig in diesen Bereichen, weil die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und der Naturschutz stark wetterabhängig sind. Ein Weiher kann zum Beispiel nur gebaut werden, wenn der Boden genug lange gefroren ist und auch für grosse Forsteingriffe auf wertvollen Flächen sollte der Boden möglichst trocken oder sogar gefroren sein, damit es nicht zu grosse Bodenschäden gibt. Solche Situationen sind also nicht planbar. Darum ist es auch nicht immer einfach, die Projekte auf das genaue Jahr zu planen. Die Forderung, dass man das Budget über vier Jahre fixiert, ist darum sehr sinnvoll, damit in diesen Bereichen auch eine Planbarkeit besteht, immerhin von Seiten der Finanzen. Es wird um Unterstützung der Motion gebeten, damit die schöne Baselbieter Landschaft auch in Zukunft ein wichtiger Teil unserer Identität bleibt.

Adil Koller (SP) hat das Gefühl, man habe eine seltsame Sicht auf den Wald. Man geht im Wald biken, spazieren oder joggen und hat das Gefühl: Der Wald ist immer da und bleibt immer gleich. Man sieht einfach die Pflege nicht, die dahinter steht und stehen muss, gerade in der aktuellen Situation des Klimawandels. Bei der Strasse sieht und merkt man sofort, wenn sie Löcher hat. Beim Wald ist es eben anders. Dort merkt man es erst in den nächsten Jahren und dann ist es eben zu spät. Es ist zu spät, wenn man erst morgen anfängt, zum Beispiel Buchen durch Eichen zu ersetzen. Deshalb ist es wichtig, dass man keine volatile Finanzierung hat, abhängig von der Finanzsituation. Darum geht es in dieser Motion. Die Ablehnungsbegründung des Regierungsrats beginnt nicht mit «Der Wald…», sondern «Mit dem Ziel, die verfassungsmässige Schuldenbremse einzuhalten, …». Das spricht eigentlich Bände. Die ganze Sache muss finanzpolitisch gescheiter aufgegleist werden. Über Investitionen in den Wald, in den Naturschutz und in die Landwirtschaft muss anders nachgedacht werden. Das wird Gegenstand des nächsten Traktandums sein. Aber vorerst macht Adil Koller beliebt, auf Sparmassnahmen beim Wald zu verzichten.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, dass er von seinem präsidialen Recht Gebrauch macht, die Sitzung gemäss § 73 des Landratsdekrets um maximal eine halbe Stunde zur Beendigung dieses Geschäfts zu verlängern.

Markus Graf (SVP) nimmt vorweg, dass die SVP-Fraktion die Motion ablehne. Manchmal ist es ein Vorteil, wenn es so lange dauert, bis ein Geschäft endlich auf der Traktandenliste erscheint. Markus Graf wurden im Rahmen einer Sitzung der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission die Sparmassnahmen vorgestellt. Er kann so viel verraten, dass es nicht wahnsinnig viele Stimmen gegen die Sparmassnahmen gegeben hat. Der Leiter des landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain konnte dies fundiert und für alle nachvollziehbar erklären. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion die Motion ab.

Tim Hagmann (GLP) berichtet über eine kontroverse Diskussion innerhalb der GLP-Fraktion. Für die GLP ist es inhaltlich richtig und wichtig, dass markteingreifende, nicht zielführende Subventionen, die zum Teil immer noch in der Landwirtschaft stattfinden, abgeschafft werden. Beispielsweise betrifft das eine Kürzung der Tierzuchtförderung und des Viehabsatzes, die man jetzt teilweise vollzogen hat. Das ist auch richtig so, da es sich um eine marktverzerrende Strukturhilfe handelt und in diesem Bereich würde sich die Fraktion noch mehr Einsparungen wünschen. Gleichzeitig sieht man aber auch, wie Innovations- und Klimaprojekte mit nationalem Vorzeigecharakter für die Zukunft nicht mehr finanziert sind – Projekte wie das Humusprojekt, das CO_2 im Boden bindet oder Slow Water, wo es um den Wasserrückhalt bei starken Niederschlägen geht. Dies aufgrund des Spardrucks. Das ist der Grund, warum die GLP-Fraktion grossmehrheitlich für eine Überweisung dieser Motion ist, jedoch um Augenmass bei der Umsetzung bittet.

Nadine Jermann (FDP) hält sich ganz im Sinne eines anderen Vorstosses von Simon Tschendlik kurz. Die FDP-Fraktion unterstützt die Haltung des Regierungsrats. Die Einhaltung der verfassungsmässigen Schuldenbremse erfordert verantwortungsvolle und vertretbare Entlastungsmassnahmen. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) ist Landwirtin und unterstützt Simon Tschendliks flammendes Plädoyer für die Land- und Forstwirtschaft. Es geht aber auch noch um etwas anderes. Als Landrat und als Kanton Basel-Landschaft hat man auch Querschnittsaufgaben und ist für das gesamte Budget verantwortlich. Gerade bei den Sparmassnahmen hat man seitens Landwirtschaft die Erfahrung gemacht, dass man auf Augenhöhe mit dem Regierungsrat reden kann und auch gute Lösungen findet. Die Mitte-Fraktion ist gegen eine Zementierung der Sparmassnahmen in einzelnen Sparten. Letztendlich handelt es sich um eine Querschnittsmassnahme. Aus diesem Grund kann die Mitte-Fraktion die Motion nicht unterstützen, auch wenn sie ein Herz für den Wald und die Landwirtschaft hat.

Natalie Oberholzer (Grüne) findet es erstaunlich, dass man sich auf die Verfassung bezieht, wenn es um die Schuldenbremse geht. Wenn es dann aber um andere Themen geht, lässt man die Verfassung aus. Der Wald erbringt lebenswichtige Leistungen, die für uns unverzichtbar sind. Die Unverzichtbarkeit dieser vielseitigen Leistungen ist offenbar nicht allen wirklich bewusst: Fruchtbarer Boden, funktionierender Wald und intakte Ökosysteme sind nicht einfach schützenswert, weil sie so schön sind. Das sind die wichtigsten Lebensgrundlagen. Ohne sie können wir nicht überleben und wir sind abhängig von ihnen. Sparen an überlebenswichtigen Grundlagen ist gefährlich und unverantwortlich. Gerade in der heutigen Zeit, in der Ökosysteme durch den Klimawandel unter Druck stehen und durch Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung vermehrt geschädigt werden, sind Investitionen in die grüne Infrastruktur nötiger denn je.
Der Regierungsrat lehnt den Vorstoss ab mit der Begründung, die verfassungsmässige Schuldenbremse einhalten zu müssen. In der Bundesverfassung steht aber auch, die Eidgenossenschaft setze sich für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ein. Laut diesem Zweckartikel sind Bund und Kanton also nicht nur für die wirtschaftlichen Interessen, sondern genauso auch für die Einhaltung der ökologischen Interessen verpflichtet, und auch in der Kantons-

verfassung wird die Verantwortung für die Umwelt und die Verpflichtung zu nachhaltiger Entwicklung betont (§ 112).
Die Schuldenbremse steht also nicht über der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Es braucht ein dauerhaftes Gleichgewicht zwischen Natur, Wirtschaft und Gesellschaft. Die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen müssen verfassungsmässig aufeinander abgestimmt werden. Das bedeutet auch, dass staatliche Entscheidungen nicht nach isolierten Interessen, hier mit dem alleinigen Argument der Schuldenbremse, getroffen werden dürfen. Es braucht zwingend eine Abwägung aller Interessen von allen drei Dimensionen, sonst läuft man Gefahr, irreversible Schäden am Boden, an den Wäldern und anderen Ökosystemen zu riskieren. Wir dürfen unserer nächsten Generation nicht grundsätzlich, sondern auch verfassungsmässig keinen beschädigten Lebensgrund hinterlassen. Sparmassnahmen in diesem Bereich sind unvereinbar mit der nachhaltigen Entwicklung, die rechtlich verbindlich ist. Der Landrat wird um Überweisung der Motion gebeten.

Nadim Ismail (SP) lief letzten Freitag in Pfeffingen nachdenklich nach Hause. Diese Gemeinde ist nicht dafür bekannt, Geld zu verschwenden. An der Bürgergemeindeversammlung wurde die Rechnung vorgestellt und es wurde eine Punktlandung erreicht: Ein Plus von CHF 2’000. Zum Glück gibt es eine Liegenschaft im Dorf, die das Defizit kompensiert. Das Defizit entsteht durch die Waldwirtschaft. Dort resultiert jedes Jahr ein Defizit zwischen CHF 20’000 und 30’000. Das mag nicht als viel erscheinen, summiert sich aber über die Jahre. Seit Nadim Ismail Bürger von Pfeffingen ist, war das Ergebnis der Waldwirtschaft immer negativ. Insofern ist es äusserst gefährlich, würde man die Unterstützung der Waldwirtschaft reduzieren. Das vergrössert einfach das Defizit. Nicht jede Gemeinde verfügt aber über eine Liegenschaft, die ihr hilft, das Defizit auszugleichen. Die Schulden werden halt einfach auf einer anderen Ebene, nicht mehr auf der kantonalen, sondern der kommunalen Ebene produziert. Das ist zu verhindern und die Motion zu überweisen.

Simon Tschendlik (Grüne) hat befürchtet, mit seiner Motion auf Granit oder faules Holz zu beissen. Er nimmt dies zur Kenntnis, möchte sich aber trotzdem für die unterstützenden Voten bedanken. Nadim Ismails Ausführungen decken sich mit den schweizweiten Zahlen. Gemäss Forststatistik betrug das gesamtschweizerische Defizit 2025 CHF 30 Mio., dies trotz CHF 20 Mio. Beiträgen. Es gibt ein chronisches Problem. Pro Kubikmeter Holz entsteht ein Defizit von CHF 8. Es werden also nicht einmal die Gestehungskosten gedeckt. In der Landwirtschaft ist die Subventions- und Unterstützungspolitik zum Teil grosszügiger. Die Schwierigkeit liegt ja gerade darin, dass die Planbarkeit nicht gegeben ist. Es ist sehr überraschend, dass die SVP-Fraktion ihre Hauptklientel, die landwirtschaftlich geprägt ist, derart hängen lässt, wenn es darum geht, Planungssicherheit zu gewährleisten. Simon Tschendlik kann dies nicht nachvollziehen, nimmt dies aber so zur Kenntnis. Es ist zu hoffen, dass die SVP dies ihrer Klientel gut erklären kann, denn für einen kleinen Familienbetrieb, der in der Bergzone Milchwirtschaft betreibt, sind dann so kleine Dinge sehr schwierig und solche Betriebe gibt es im oberen Baselbiet auch. An diese denken die Motionsgegner im Moment wahrscheinlich nicht. Wenn es um kleine Investitionen oder grössere geht, geht es dann eben um jeden Franken.

://: Mit 36:33 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) schliesst die Sitzung um 16.40 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend.